

Sozialdemokraten in Verantwortung

INSTITUTIONEN, VERFAHREN UND PRINZIPIENFESTIGKEIT
MACHTEN PREUSSEN ZUM BOLLWERK DER DEMOKRATIE
VON **MATTHIAS PLATZECK**

Vor 75 Jahren durchlebte Deutschland einen besonders niederschmetternden Abschnitt seiner Geschichte: das Scheitern der ersten deutschen Demokratie im Angesicht ihrer erbitterten nationalsozialistischen Feinde, an den Beginn der totalitären Diktatur in Deutschland. Zur Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes hielt Otto Wels am 23. März 1933 eine tapfere Rede, während die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mutig mit „Nein“ stimmte, als alle anderen Parteien zustimmten, schwiegen oder bereits zum Schweigen gebracht waren. Die Ereignisse des 23. März 1933 waren einerseits eine späte, abschließende Episode in der Niedergangsgeschichte der Weimarer Republik, die sich bereits seit Monaten im Übergang in die Diktatur befand.

Die Annahme des Ermächtigungsgesetzes durch den am 5. März – bereits unter irregulären Bedingungen – neu gewählten Reichstag, bedeutete den

formalen Schritt zur Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur. Von der „pseudoparlamentarischen Legitimierung der Diktatur“ hat der Historiker Karl-Dietrich Bracher gesprochen. Während Hitlers Schergen in den Straßen der deutschen Städte unkontrolliert und gesetzlos wüteten, war es dem neuen Reichskanzler paradoxerweise dennoch wichtig, den äußeren Anschein der Legalität zu bewahren.

Mit herausragendem Mut

In diesem historischen Moment bewiesen die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstages herausragenden Mut. 120 Sozialdemokraten waren am 5. März in den Reichstag gewählt worden. Als der Reichstag am 23. März zusammenkam, saßen die ersten von ihnen bereits hinter Gittern. Andere befanden sich auf der Flucht, weil auch ihnen die Verhaftung drohte. Wilhelm Sollmann,

ein früherer Reichsminister der SPD, lag schwer misshandelt im Krankenhaus. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Julius Leber und Carl Severing wurden am 23. März auf dem Weg ins Plenum verhaftet.

So konnten nur 94 der 120 sozialdemokratischen Abgeordneten an der namentlichen Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz teilnehmen. Sie taten es unter höchstem Druck, physisch und psychisch bedroht von bewaffneter SA und SS. Aber jeder und jede einzelne von ihnen stimmte mit „Nein“. Dieses couragierte „Nein“ der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu Diktatur und Unmenschlichkeit war – und bleibt – eine der leuchtenden Sternstunde in der oftmals dunklen Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert.

Ideen sind ewig

Dasselbe gilt für Otto Wels' furchtloses „Ja“ zur demokratischen Verfassung von Weimar, für sein „Ja“ zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechts; für sein „Ja“ zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des demokratischen Sozialismus. „Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die unzerstörbar sind, zu vernichten“. Diesen Satz hielt Otto Wels den auftrumpfend feixenden Abgeordneten der NSDAP entgegen. Dieser Satz, ausgesprochen voller

Stolz und Klarheit, war richtig und zutreffend. Denn es stimmt: Die Ideen der Freiheit und des Rechts lassen sich – als *Ideen* – tatsächlich nicht vernichten, nicht zerstören, nicht beseitigen und ein für alle Mal aus der Welt schaffen. Ideen sind ewig.

Freiheit braucht Bedingungen

Aber: Vernichtet und zerstört werden kann die *Möglichkeit*, diesen Ideen praktische Geltung zu verschaffen. Vernichtet werden können die *Bedingungen*, unter denen sich die Ideen der Freiheit und des Rechts in der Wirklichkeit durchsetzen und handfest verteidigen lassen. In genau dieser verzweifelten Lage befanden sich Otto Wels und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 23. März 1933.

„Freiheit und Ehre kann man uns nehmen, die Ehre nicht“, rief Wels. Auch das klang stolz und kämpferisch. Aber es waren Worte, die in einer politischen Situation gesprochen wurden, die bereits völlig aussichtslos geworden war – aussichtslos nicht nur für die Weimarer Sozialdemokratie, sondern für die Freiheit, für die Demokratie und für das Recht in Deutschland überhaupt. Denn die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes war ein später Bestandteil jenes Strudels von Ereignissen, der die erste Demokratie in Deutschland spätestens ab 1929/1930 erfasst hatte und immer tiefer in den Abgrund riss.

Die Krisenfaktoren waren vielfältig, und sie verstärkten sich gegenseitig:

- die einsetzende Weltwirtschaftskrise und die dramatisch steigende Arbeitslosigkeit;
- das Scheitern der sozialdemokratisch geführten Reichsregierung Müller 1930;
- die dramatischen Wahlerfolge der NSDAP seit der Reichstagswahl vom September 1930;
- die krisenverschärfenden Maßnahmen der Reichsregierung Brüning;
- die Politik per Notverordnung des Reichspräsidenten Hindenburg;
- das wechselseitige Aufschaukeln der politischen Extreme auf der Linken und der Rechten, die es gleichermaßen auf die Zerstörung der Republik anlegten;
- das Zusammenschrumpfen der liberalbürgerlichen Parteien und die um sich greifende „Panik im Mittelstand“;
- die Zunahme politischer Gewalt und der Verfall des staatlichen Machtmonopols;
- schließlich die Intrigen der Konservativen um von Papen, Schleicher und Hindenburg, die Hitler über die Hintertreppe zur Reichskanzlerschaft verhalfen.

Dies alles hatte dazu beigetragen, dass der „Tag von Potsdam“ am 21. März, das Ermächtigungsgesetz zwei Tage später und die Errichtung der totalitären Diktatur möglich geworden

waren. Man kann noch weiter in die Geschichte zurückgehen bei der Ursachenforschung. Ganze Schulen von Historikern haben sich bemüht, eine mehr oder weniger geradlinige Entwicklung von Bismarck über den wilhelminischen Militarismus und den Ersten Weltkrieg in den Nationalsozialismus zu belegen. Das ist die berühmte These vom „deutschen Sonderweg“, der mehr oder weniger direkt in den Totalitarismus geführt habe.

Ein traumatisiertes Land

Ich bin da skeptisch. Natürlich hängt in Geschichte und Politik immer vieles mit vielem zusammen. Trotzdem sollte man es, meine ich, mit den Kausalitäten und den vermeintlich zwangsläufigen Entwicklungslinien nicht übertreiben. Sicherlich ist richtig, dass Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg in die Demokratie eingetreten war als eine Gesellschaft, die tief traumatisiert, verstört, gespalten und in sich selbst zerstritten war. Aber auch damit war die zukünftige Entwicklung ja noch keineswegs vorausbestimmt, die schließlich – über Ermächtigungsgesetz und Diktatur, Krieg und Holocaust – nicht nur in Deutschlands totale Niederlage, sondern auch in eine beispiellose zivilisatorische Katastrophe führen sollte.

Wenn es also keine Zwangsläufigkeiten gibt, wie lassen sich dann Herausforderungen für die Demokratie – und

seien sie noch so gravierend – bewältigen? Wie hätten sich diese Herausforderungen in den Jahren der Weimarer Republik bewältigen lassen? Wie lassen sich heutige und künftige Herausforderungen für die Demokratie bewältigen? Das sind Fragen, die uns auch heute noch beschäftigen sollten. Und es lohnt sich anhand der Erfahrungen von Weimar immer wieder neu nachzudenken. Besonders aufschlussreich ist dabei der Kontrast zwischen Reichsebene und dem Bundesstaat Preußen.

Preußen als Hort der Ordnung

Was der Weimarer Republik auf der Ebene der Reichspolitik in besonderem Maße fehlte, das waren funktionstüchtige staatliche Institutionen, taugliche politische Verfahren sowie überzeugende politische Führungsfiguren mit klaren Prinzipien und eindeutig demokratisch-republikanischem Koordinatensystem. Institutionen, Verfahren und demokratische Prinzipienfestigkeit: Wie sehr es auf diese Faktoren ankommt, das wird deutlich, wenn man vergleicht, wie unterschiedlich sich die politischen Verhältnisse nach 1918 in der Weimarer Republik insgesamt und in ihrem größten Teilstaat Preußen entwickelten.

In der Reichspolitik herrschte beständige Unordnung. Die Kabinette und Reichskanzler kamen und gingen. Stabile Koalitionsregierungen waren unbekannt. Nicht weniger als 12 Reichskanzler und

21 verschiedene Kabinette erlebte die Republik zwischen 1919 und 1933.

Im Bundesstaat Preußen war das völlig anders. Das neue demokratische und republikanische Preußen mit immerhin drei Fünfteln der Reichsbevölkerung erwies sich als Hort der Ordnung, als Bollwerk der Demokratie und wichtigste Bastion der politischen Stabilität in der Weimarer Republik.

Warum war das so? Und welche Einsichten lassen sich daraus ziehen? Mein Argument lautet erstens, dass es auch heute noch auf intakte Institutionen und Verfahren sowie auf demokratische Prinzipienfestigkeit ankommt. Und ich meine *zweitens*, dass das demokratische Preußen der Weimarer Jahre unter diesen Gesichtspunkten nicht das schlechteste Beispiel für unsere Zeit abgibt.

Demokratischer als das Reich

Blickt man zunächst auf die staatlichen *Institutionen*, so kam das politische System Preußens in der Weimarer Republik ohne einen Präsidenten aus. Sein Ministerpräsident wurde vom Parlament gewählt. Das machte das preußische System demokratischer und weniger autoritär als das politische System der Reichsebene. Hier nämlich hing der Reichskanzler vom mächtigen Reichspräsidenten ab – bekanntlich mit katastrophalen Folgen in der späten Ära Hindenburg.

Ähnliches gilt für die politischen *Verfahren*. Anders als die Reichspolitik

besaß Preußen durchgängig von 1920 bis 1932 ein funktionstüchtiges Parteiensystem, das stabile demokratische Mehrheiten gewährleistete. Die Sozialdemokratie, die linksliberale Deutsche Demokratische Partei und die katholische Zentrumsparterie regierten hier über Jahre hinweg gemeinsam und einvernehmlich.

Der „rote Zar“ hält Kurs

Auf der Reichsebene war die Politik gekennzeichnet durch ständige Konflikte, durch extreme Positionen, durch Regierungswechsel – im demokratischen Preußen dagegen herrschten Stabilität und Kontinuität. Die Regierungen amtierten über die gesamte Legislaturperiode, und sie betrieben Reformpolitik mit Umsicht und Augenmaß. Zu einer vorzeitigen Parlamentsauflösung kam es in Preußen nur ein einziges Mal, nämlich ganz zum Schluss, als die Weimarer Republik insgesamt bereits am Ende war.

Das alte Preußen vor 1918 hatte für Obrigkeitsstaatlichkeit gestanden, für Klassenherrschaft und monarchistische Gesinnung. Nun betrieb die neue preußische Regierung auf allen Ebenen der staatlichen Verwaltung eine systematische Republikanisierung und Demokratisierung. Beamtenapparat und Polizei wurden allmählich, aber systematisch mit republiktreuem Personal besetzt – und das alles, ohne dass das

Funktionieren der staatlichen Verwaltung unter diesem Umbruch litt.

Hauptverantwortlich für diese energisch republikanische Personalpolitik in Preußen waren der neue sozialdemokratische Innenminister Carl Severing, aber auch der tatkräftige Albert Grzesinski, auch er ein Sozialdemokrat, der sich ebenfalls als Innenminister und als Polizeipräsident von Berlin um den Aufbau der demokratischen Ordnung in Preußen verdient machte.

Die wichtigste politische *Persönlichkeit* der preußischen Politik aber war der sozialdemokratische Ministerpräsident Otto Braun. Der so genannte „Rote Zar von Preußen“, Kind einer Königsberger Arbeiterfamilie, amtierte nahezu ununterbrochen von 1920 bis 1933. 1872 in Königsberg geboren, wuchs der spätere Ministerpräsident in ärmlichen Verhältnissen auf. Er erlernte das Steindruckerhandwerk und schloss sich mit 16 Jahren der SPD an, wurde Agitator der Landarbeitergewerkschaft und 1911 erstmals in den Preußischen Landtag gewählt.

Es waren tatsächlich Sozialdemokraten, Männer wie Braun, Severing und Grzesinski, die in den Jahren der Weimarer Republik in Preußen das verkörperten, was man im besten Sinne „preußische Tugenden“ nennt. Ganz besonders Otto Braun charakterisiert der Historiker Christopher Clark – paradoxerweise – als eine „zutiefst preußische Gestalt“: „Als Vorkämpfer des ländlichen Proletariats

war Braun der Antityp zur preußischen Agrarelite, deren politische Vorherrschaft er 1918/19 beenden half. Und doch war er genauso betont und ebenso unverwechselbar preußisch wie sie. Sein unstillbarer Arbeitseifer, sein Blick fürs Detail, seine Abneigung gegen jede Form der Selbstdarstellung und seine hohe Wertschätzung des Staatsdienstes – alles Attribute, die man gemeinhin zum preußischen Tugendkanon zählt.“

Die SPD und Preußen

Über Albert Grzesinski schreibt Clark Ähnliches: „Das Leben Grzesinskis war gekennzeichnet vom energischen Einsatz nicht nur für die Demokratie an sich, sondern für die besondere historische Berufung Preußens und seiner Institutionen.“

Und insgesamt kommt Clark zu dem Schluss: „Es bestand ... eine seltsame Affinität zwischen der sozialdemokratischen Parteilite und dem preußischen Staat Auffällig ist, dass die führenden Sozialdemokraten mit der Verantwortung und den Risiken der Staatsführung in Preußen besser umgehen konnten als auf Reichsebene.“

Wie wir wissen, haben die demokratischen – und *sozial*-demokratischen – Preußen den Aufstieg der Nationalsozialisten nicht verhindern können. Der so genannte Preußenschlag, also die widerrechtliche Amtsenthebung der geschäftsführenden Regierung Braun im

Juli 1932 durch Reichskanzler von Papen, beendete die kurze Ära der preußischen Demokratie. Es ist kennzeichnend, dass Otto Braun gegen diesen Putsch allein mit juristischen Mitteln Widerstand leisten wollte. Auch insofern war er eben ein Preuße.

Diejenigen dagegen, die am 21. März vor 75 Jahren mit dem symbolisch aufgeladenen „Tag von Potsdam“ in der Potsdamer Garnisonkirche Anspruch auf das Erbe Preußens erhoben, waren gerade *keine* Preußen im Sinne der besten preußischen Tugenden. „Die Idee, die wir tragen, ist preußisch“, behauptete Goebbels. In Wirklichkeit repräsentierte der Nationalsozialismus in jeglicher Hinsicht das genaue Gegenteil dessen, was gut und bewahrenswert war am preußischen Erbe.

Kurze demokratische Ära

Leider sind Männer wie Otto Braun und Otto Wels – als Berlin-Brandenburger übrigens ebenfalls ein Preuße – heute aus dem historischen Gedächtnis der Deutschen fast vollständig verschwunden. Leider gilt das sogar für das sozialdemokratische Gedächtnis. Und man muss das noch erweitern: Die gesamte kurze, aber doch hoffnungsvolle Ära des demokratischen und *sozial*-demokratischen Preußen in der Weimarer Republik ist heute weitgehend unbekannt.

Als Brandenburger und ausdrücklich auch als Vorsitzender der Brandenbur-

ger Sozialdemokratie sage ich: Wir haben allen Grund, dies wieder zu ändern. Wir haben allen Grund, uns – und Andere! – an Männer wie Otto Braun und Otto Wels, Carl Severing und Albert Grzesinski zu erinnern. Wir haben allen Anlass, an Preußen gerade auch als das starke „Bollwerk der Demokratie“ zu erinnern, das Sozialdemokraten, Linksliberale und Zentrumsleute nach 1918 zu errichten hofften.

Preußische Tugenden wie sie Otto Braun und andere Sozialdemokraten verkörperten, funktionstüchtige staatliche Institutionen, vernünftige politische Verfahren und prinzipienfestes de-

mokratisches Personal – auf dies alles ist unsere freiheitliche Demokratie auch heute existenziell angewiesen, wenn sie jeder zukünftigen Herausforderung gewachsen sein soll.

Daran zu erinnern ist der 75. Jahrestag des mutigen, aber eben auch vergeblichen sozialdemokratischen Widerstandes gegen das Ermächtigungsgesetz genau der richtige Anlass. Sorgen wir also mit Umsicht und demokratischer Leidenschaft alle dafür, dass so tapfere Reden wie jene von Otto Braun am 23. März 1933 in Deutschland und Europa niemals wieder gehalten werden müssen. ■

MATTHIAS PLATZECK

ist Ministerpräsident des Landes Brandenburg,
Landesvorsitzender der SPD
und ehemaliger SPD-Bundesvorsitzender.